

Niederschrift **über den öffentlichen Teil**

über die Sitzung des Betriebsausschusses 2 (Ausschuss für Jugend, Schule und Soziales) am Dienstag, 29.06. 04

Sitzungsort: Sitzungsraum 4
Sitzungsdauer: Beginn: 17:35 Uhr
 Ende: 18:35 Uhr

Anwesend unter dem Vorsitz von Vorsitzender Herr Bollermann

Stimmberechtigte Mitglieder:

anwesend:

Eickler-Trottenberg, Gertrud	CDU	Ratsmitglied
Gärtner, Achim	CDU	Sachkundiger Bürger
Gyurcsek, Dieter	CDU	Ratsmitglied
Kaese, Therese Maria Christine	CDU	Ratsmitglied
Steinbock, Annegret	CDU	Ratsmitglied
Bollermann, Olaf	SPD	Ratsmitglied
Schwabe, Frank	SPD	Sachkundiger Bürger
Zimmerle, Helmut	SPD	Ratsmitglied
Bothe, Petra	FWI	Ratsmitglied
Stemann-Lenz, Christiane	FWI	Ratsmitglied

entschuldigt:

Dr. Preuß, Uwe	CDU	Sachkundiger Bürger	vertreten durch Hampe, Herbert, sachk. Bürger
Kroh, Elsbeth	SPD	Ratsmitglied	vertreten durch Millner, Peter, sachk. Bürger
Steininger-Bludau, Eva	SPD	Ratsmitglied	vertreten durch Curstein, Heidemarie, Ratsmitglied

Nichtstimmfähige Mitglieder:

anwesend:

Feigl, Peter	GRÜNE	Sachkundiger Bürger
Hadamik, Michael	FDP	Sachkundiger Einwohner

entschuldigt:

Borghorst, Veronika	Sachkundige Einwohnerin	vertreten durch Behrenspöhler, Christoph, sachk. Einwohner
---------------------	-------------------------	--

Von der Verwaltung:

anwesend:

Glöß, Petra
Rühmann, Peter
Limberg, Wolfgang

Erste Beigeordnete
Controller/Schriftführer
Bereichsleiter

Herr Bollermann eröffnet die Sitzung des Betriebsausschusses 2, begrüßt die Anwesenden und stellt fest, dass die Einladung ordnungsgemäß erfolgt ist.

I. Öffentliche Sitzung

1 Budgetentwicklung 2004 hier: Finanzcontrolling (Stichtag 01.06.2004) (2004/151)

Frau Glöß gibt Erläuterungen zu den Mehrausgaben der Bereiche Betreuung und Unterhaltsansprüche sowie Hilfen zur Erziehung / Jugendarbeit.
Der Betriebsausschuss 2 nimmt den Finanzcontrollingbericht zum 01.06.2004 zur Budgetierung zur Kenntnis.

2 Antrag der SPD-Ratsfraktion vom 9. Juni 2004; hier: Bündnis für Familien in Castrop-Rauxel (2004/184)

Die Parteien diskutieren den Antrag und beschließen ihn leicht verändert einstimmig wie folgt:

„Die Stadt Castrop-Rauxel möchte an der bundesweiten Initiative ‚Lokale Bündnisse für Familien‘ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) teilnehmen und ein ‚Bündnis für Castrop-Rauxeler Familien‘ gründen.

Hierzu wird die Verwaltung beauftragt, ein Konzept für eine öffentlichkeitswirksame Kampagne im Herbst 2004/Frühjahr 2005 zu entwickeln. Dabei ist die Unterstützung aus dem Bundesministerium und dem Servicebüro der Initiative zu nutzen.

Inhaltlicher Schwerpunkt der Kampagne ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Bereits existierende Maßnahmen, insbesondere im Bereich der Kinderbetreuung, sind aufzunehmen und fortzuentwickeln.

Für das Bündnis sollen Betreuungseinrichtungen, Schulen, Elterninitiativen, Verbände, Kirchen, Unternehmen, Gewerkschaften und weitere gesellschaftliche Gruppen gewonnen werden.“

3 Zügigkeit der Elisabethschule (kath. Bekenntnisgrundschule) (2004/140)

Der um den Wortlaut „Der Ratsbeschluss vom 04.03.2004 zur Vorlage 2004/013 bleibt bestehen.“ erweiterte Beschluss des Schulausschusses vom 22.06.2004 liegt dem Betriebsausschuss 2 vor.

Der Betriebsausschuss beschließt einstimmig, dem Rat der Stadt folgende Beschlussfassung vorzuschlagen:

„Der Rat der Stadt beschließt gemäß § 8 Abs. 1 Schulverwaltungsgesetz die Eingangsklassen der Elisabethschule (kath. Bekenntnisgrundschule) ab dem Schuljahr 2004/2005 auf 3 Züge (Parallelklassen) zu begrenzen.

Der Beschluss des Rates der Stadt vom 18.12.2003, wonach für die Elisabethschule keine Begrenzung der Zügigkeit nach oben mehr festgelegt ist, wird insoweit geändert.

Der Ratsbeschluss vom 04.03.2004 zur Vorlage Nr. 2004/013 bleibt bestehen.“

**4 Modellvorhaben ""Selbstständige Schule"";
Zwischenbericht der regionalen Steuergruppe Recklinghausen (2004/168)**

Der Betriebsausschuss 2 nimmt den Zwischenbericht zur Kenntnis und gibt dem Rat der Stadt folgende Empfehlung:

„Der Rat nimmt den Zwischenbericht der regionalen Steuergruppe Recklinghausen zum Modellvorhaben ‚Selbstständige Schule‘ zur Kenntnis.“

5 Umwandlung der Grundschule Am Hügel in eine Offene Ganztagsschule ab dem Schuljahr 2004/05 (2004/169)

Der Betriebsausschuss 2 empfiehlt mit 12 Ja-Stimmen bei 1 Stimmenthaltung dem Rat wie folgt zu beschließen:

„Der Rat der Stadt beschließt, die Grundschule Am Hügel ab dem Schuljahr 2004/05 auf der Grundlage der Runderlasse des Ministeriums für Schule, Jugend und Kinder des Landes NRW vom 12.02.2003 in der Fassung vom 02.02.2004 in eine Offene Ganztagsschule umzuwandeln.

Die Verwaltung wird beauftragt, Art und Umfang der erforderlichen Baumaßnahmen zu ermitteln und dem Rat zur Genehmigung vorzulegen sowie die erforderlichen Förderanträge zu stellen.“

**6 Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen im Rahmen der Offenen Ganztagschule;
Verlängerung der Gültigkeit nach Ablauf der Befristung (2004/196)**

Der Betriebsausschuss 2 empfiehlt dem Rat der Stadt einstimmig wie folgt zu beschließen:

„Der Rat der Stadt beschließt die als Anlage beigefügte 1. Änderung der Satzung der Stadt Castrop-Rauxel zur Beitragserhebung für die Nutzung außerunterrichtlicher Angebote der Offenen Ganztagschule im Primarbereich“.

**7 Viertes Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt - SGB II -
Modell der Arbeitsgemeinschaft zur einheitlichen Aufgabenwahrnehmung
(2004/195)**

Frau Glöß erläutert die Vorlage.

Herr Gyurcsek beantragt für die CDU-Fraktion um 18.20 Uhr zu Beratungszwecken eine kurze Sitzungsunterbrechung. Die Sitzung wird um 128.25 Uhr wieder aufgenommen.

Herr Gyurcsek stellt den erweiterten Antrag im Beschlussvorschlag an die Stelle des Wortes „unterstützt“ die Worte „nimmt zur Kenntnis“ zu setzen. Der Antrag wird mit 7 Nein-Stimmen bei 6 Ja-Stimmen abgelehnt.

Danach empfiehlt der Betriebsausschuss 2 mit 7 Ja-Stimmen bei 6 Nein-Stimmen dem Haupt- und Finanzausschuss und dem Rat der Stadt wie folgt zu beschließen:

„Die Stadt Castrop-Rauxel unterstützt das Modell der Arbeitsgemeinschaft des Kreises Recklinghausen mit der Agentur für Arbeit unter den inhaltlichen Rahmenbedingungen der Beschlussvorlage für den Kreistag am 12.07.2004 in der Fassung der Anlage 1 und dem gemeinsamen Eckpunktepapier der kreisangehörigen Gemeinden in der Fassung der Anlage 2 dieser Vorlage. Sie sind Bestandteil des Grundsatzbeschlusses des Rates und Grundlage für die Weiterentwicklung des Modells der Arbeitsgemeinschaft zur Umsetzung des SGB II auf örtlicher Ebene.“

8 Handlungskonzept Deininghausen (2004/193)

Frau Glöß erläutert die Vorlage.

Der Betriebsausschuss beschließt einstimmig das Handlungskonzept und empfiehlt dem Haupt- und Finanzausschuss und dem Rat wie folgt zu beschließen:

1. Der Rat nimmt das vorliegende Handlungskonzept zur Kenntnis und bestätigt den auf der Grundlage einer Sozialraumanalyse aufgezeigten besonderen Entwicklungsbedarf des Stadtteils Deininghausen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, den Stadtteil Deininghausen für das Landesprogramm „Soziale Stadt NRW“ anzumelden, um auf dieser Grundlage Projekte und Maßnahmen des Handlungskonzeptes mit Landesförderung umsetzen zu können.
3. Über die Umsetzung ist fortlaufend der Betriebsausschuss 2 zu unterrichten.

Finanzielle Auswirkungen des vorliegenden Handlungskonzeptes bei Aufnahme in das Landesprogramm „Soziale Stadt NRW“.

Kosten des Handlungskonzeptes für 5 Jahre:	1.238.500 €
Zuschuss des Landes –Soziale Stadt- (80%)	990.800 €
Verbleibende Kosten	247.700 €
Kosten pro Jahr	49.540 €

9 Anfragen der Ausschussmitglieder

Frau Curstein bittet die Verwaltung um Informationen zu den Duschen und zur Toilettenanlage in der Schule Deininghausen sowie zur Toilettensanierung in der Europaschule.

Frau Glöß beantwortet die Anfrage.

Zu den Toiletten in der Schule Deininghausen liegen der Verwaltung keine Meldungen vor. Die Duschen werden im Rahmen der Gesamtsanierung der Turnhalle 2005 erneuert.

Die Planungen für die Toilettensanierung der Europaschule sind abgeschlossen. Die Sanierung erfolgt kurzfristig.

Herr Bollermann wünscht für die nächste Betriebsausschusssitzung 2 am 09.09.2004 einen Sachstandsbericht des Immobilienmanagements über Planungen und Realisierungen von baulichen Maßnahmen im Schulbereich.

Frau Bothe fragt an, ob es eine Möglichkeit gibt, auf das Verfahren „Said Everding“ Einfluss zu nehmen.

Frau Glöb verweist auf die Zuständigkeit des Betriebes 1 / Bereich Einwohner- und Ausländerwesen.

Ihrem Kenntnisstand nach ist das Verfahren abgeschlossen und eine Petition eingeleitet.

10 Mitteilungen der Verwaltung

Frau Glöb informiert den Betriebsausschuss 2 über einen Antrag auf Übernahme eines weiteren Trägeranteils für eine Halbe Kindergartengruppe für den kath. Kindergarten St. Lambertus. Eine entsprechende Vorlage an den Jugendhilfeausschuss und Betriebsausschuss 2 wird zeitgerecht erstellt.